

[illegible]

12. Jahrgang

Ben Chubb Davis.

Wenn auch die nachstehenden Ausführungen zum Teil auf bestimmte Reichsteile Bezug nehmen, so richten doch die allgemeinen Schlussfolgerungen des Referates auch für unsere Leser von Interesse sein, einmal da das neue Städtische Programm und von unserer Deutschen Parteioffenzion übernommen werden dürfte.

Wab. der „Deutscher Volksfreund“.

London, 26. Juli. Der „Ruhls Redger“ veröffentlicht einen Aufsatz des gegenwärtig in London weilenden Oberst House (des bekannten ehemaligen Vertrauensmannes des früheren Präsidenten Wilson), worin es heißt: Ein Erfolg der Deutschen in der oberschlesischen Frage werde wahrscheinlich den Sturz der Regierung Briand und ein Erfolg der Polen den Sturz des Kabinetts Wirth verursachen. Beide Regierungen müssen am Ruder bleiben, wenn Mitteleuropa eine Chance haben soll, eine Stabilität zu erlangen. Briand werde bei seinem Abgang wahrscheinlich durch den Vertreter einer noch aggressiveren Politik ersetzt werden. Dann eröffnen sich die Aussichten auf eine Beilegung des Ruhrgebietes usw. Eine solche Politik würde von Deutschland mit dem Entschluß aufgenommen werden, nichts weiter für die Lösung des Reparationsproblems zu tun. Die Folge wäre für Deutschland größte soziale, industrielle und finanzielle Unordnung und für Frankreich und England eine Verschärfung der zwischen beiden Ländern bestehenden Differenzen. House führte weiter aus: Großbritannien werde die Verbindung mit Frankreich nur zerschneiden, wenn letzteres eine extreme Haltung einnehme. Frankreich könne augenblicklich mit Hilfe seines Heeres den Kontinent beherrschen. Großbritannien habe ebenso wie Deutschland eine Bevölkerung,

Die „Freiheit“ veröffentlicht einen Aufruf der Auslandsvertreter der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (Menscheviki), in dem alle Arbeiterparteien Deutschlands dringend ersucht werden, unverzüglich ein Arbeiterkomitee aus Vertretern aller Richtungen zu bilden, welche eine Hilfsaktion für das hungernde Rußland in Deutschland organisieren sollen. Der Aufruf wendet sich weiter an den Internationalen Gewerkschaftsbund mit dem Ersuchen, die Initiative zur Organisierung einer internationalen Gewerkschaftsorganisation zu ergreifen. Wie das Blatt mitteilt, deckt sich dieser Aufruf singemäßig mit der Aufforderung des Exekutivkomitees der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien, wonach in allen Ländern Arbeiterausschüsse zur Hilfeleistung für Rußland gebildet werden sollen. Der Parteivorstand der unabhängigen Sozialdemokratie habe die sich hieraus ergebenden Maßnahmen bereits getroffen.

Weiterhin aber ist zu bemerken, daß die auserwählte Bergesellschaftung des Bodens in unversöhnlichem Widerspruch zu dem Reichssteuergesetz steht; das zuerst als Reichssteuergesetz am 29. Januar 1915 von einem rein sozialistischen Ministerium eingebracht wurde und einstimmig von den sozialdemokratischen Parlamentsvertretern gebilligt worden ist. Durch das Reichssteuergesetz und ebenso durch das mit unserer Zustimmung unter einem sozialdemokratischen Minister zustandegebrachte Reichsge-

Stellungsgesetz wird neues, wenn auch in gewisser Hinsicht gebundenes kleines Grundeigentum (Kleingüter, Bohn- und Wirtschaftsgüter) geschaffen. Die Partei kann unmöglich diese ihre eigene Politik nachträglich verleugnen wollen.

Auch das in Punkt 6 der neuen Agrarvorläge ausgesprochene Verbot „Grund und Boden, der sich schon im Besitz von Reich, Ländern oder Gemeinden befindet, in Privateigentum zu überführen“. Das widerspricht schmerzhaft dem Reichsbesitzungsrecht, dessen § 2 die Länder anweist, Maßnahmen zur Sicherung des Grundbesitzes zu treffen. Diese Bestimmung stand auch schon in der Besitzungsverordnung der sechs Volksbeauftragten! Sollen wir das etwa jetzt wieder wegstreichen?

Die durch die Besitzungsgeetze der Republik bedrohten Großgüter- und Latifundienbesitzer gründen Schutzverbände und lassen sich etwas kosten, die Durchführung des Besitzungsrechtes auf Schritt und Tritt zu hemmen. Auf der anderen Seite schließen sich die Kleinbauern und sonstigen kleinen Landbesitzer — darunter viele Anhänger unserer Partei — zu Vereinen und Verbänden zusammen, um die Durchführung zu erzwingen. Die Sozialdemokratie hat wahrhaftig keinen Grund, den großen Grundbesitzern Vorwanddienste zu leisten. Sie hat vielmehr ihre ganze politische Macht zu Gunsten der Kleinen einzusetzen. Der Entwurf *vorher* in auch unter Punkt 5 die Förderung der Siedlung. Die Siedlung man aber nicht durch Forderungen wie die erwähnten. Dadurch trifft man sie vielmehr in ihrem Her-
trieb.

Selbstverständlich muß Vorbehalte getroffen werden, daß die neuen Siedlungsstellen und Heimstätten nicht Gegenstand spekulationen Welterkäufer werden. Kapitalistische Geschäfte sollen mit dem Grundbesitz nicht gemacht werden. Die nötige Beschränkung des privaten Eigentumsrechtes zur Wahrung der Oberhoheit der Gesamtheit am Grund und Boden ist auch in der Siedlungs- und Heimstättengegebung vorzusehen. (Heimfall und Rückkaufsrecht, Kontrolle ordentlicher Bewirtschaftung usw.) Woraus es entspringt, ist die Sicherstellung des lebensfähigen Agrarwesens und das Recht der Berechtigung auf Kinder und nahe Verwandte. Das muß jedem fortschrittlichen Landbauern zugebilligt werden im eigenen Interesse und — im Interesse der Gesamtheit! Denn ohne diese feste, gesicherte Eigeninteresse gibt es keine auf lange Sicht eingestrichelte Heranforderung des Bodens, keine dauernde Arbeitsanstellung, keine hochintensive Pflanzen- und Tierkultur.

Unter Punkt 4 und 5 wird weiter „die allmähliche Überführung des Grundbesitzes in eine genossenschaftliche Betriebsform“ verlangt. Soll damit die künftige Schaffung von Arbeiterproduktionsgenossenschaften gemeint sein? — Auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Berlin (1892) ist die ehemals so hoch bewertete Idee der Arbeiter-Produktionsgenossenschaft verworfen und in die Kammerkammer geworfen worden. Will man sie jetzt etwa wieder für die Landwirtschaft herausholen? Das Ergebnis wäre sicherlich noch weniger ermutigend als die Erfahrungen auf gewerblichem Gebiet. Ich denke, der wirtschaftliche Sozialismus will keine künstliche Wirtschaftsgebilde schaffen, sondern dem fortschrittlichen werdenden Geburtsheiferdienste leisten. Wo ist eine naturwüchsige Bewegung auf Gründung von Arbeiter-Produktionsgenossenschaften? Nirgend! Also, reiner Papier-
sozialismus!

Anders steht es mit dem in Punkt 1 behandelten landwirtschaftlichen Produzentenvereinen. Das ist der mächtigste Zweig der Genossenschaftsbewegung überhaupt, und die mannigfaltigen Organisationen für Kreditbeschaffung, Bezug von Rohstoffen, Verarbeitung und Verkauf von Erzeugnissen sind von größter Bedeutung für rationelle innerbetriebliche Fortbildung wie für die überbetriebliche Organisation der bäuerlichen Wirtschaft. Auch der Ausbau der direkten Austauschbeziehungen zwischen landwirtschaftlichen Produzenten- und städtischen Konsumentenorganisationen ist auf dem Wege. Der Entwurf verlangt mit Recht eine Förderung dieser genossenschaftlichen Organisationsbewegung sowie Ausschaltung unnötigen Zwischenhandels und rationaler Organisation der Volksernährung.

Ganz verfehlt aber ist die dabei eingeschlagene Forderung auf „Bildung von Zwangsvereinen“ für den Verkauf landwirtschaftlicher Produkte. Das würde eine neue Auflage bürokratischer Zwangswirtschaft über der Art sein, deren Sabotierung durch die bäuerliche Bevölkerung und Korruption durch allerlei „Lachverfälschungen“ Zwischenglieder bisher zu erwarten wäre. Das notwendige Ergänzungsmittel der bäuerlichen Zwangs- und Verkaufsvereine wäre jedenfalls die Zwangsvereine der Konsumenten. Man frage die Konsumentenvereine, was sie davon halten! Sie haben sich mit Recht gegen alle Bestrebungen, die freie genossenschaftliche Bewegung zu verstaatlichen, gewandt. Woher solcher Zwang die Genossenschaftsbewegung führt, hat England gezeigt, wo man jetzt die bürokratisch festgefahrene Karte wieder frei zu machen sucht.

Bauernpolitik gegen die Bauern — das ist ein ebenso verfehltes, undemokratisches und ausfallsches Beginnen wie Arbeiterpolitik gegen die Arbeiter.

Genug damit, obgleich ich noch manches zu diesem Agrarprogramm zu sagen hätte, namentlich auch über das, was darin stehen sollte und nicht darin steht. Aber da die Neubearbeitung meines Buches über Sozialismus und Landwirtschaft in einigen Wochen die Druckpresse verläßt, so mögen die Parteigenossen, die sich für das Thema besonders interessieren und die es näher angeht, dort das übrige nachlesen.

Es scheint mir überhaupt nicht richtig, daß man eine für die ganze Zukunft der Sozialdemokratie so wichtige Frage, wie die unseres agrarpolitischen Programms, so leichtfertig und überstürzt erledigt, wie dies beabsichtigt zu sein scheint. Die im vorigen Jahr in Kassel angenommenen Richtlinien genügen vorläufig. Wir sollten uns mit der Durcharbeitung dieses schwierigen Gebietes ruhig noch ein Jahr Zeit lassen, um eine wirklich tiefe und stichhaltige Plattform für unsere Agrarpolitik zu schaffen. Darum wäre es m. E. das Beste, den veröffentlichten Agrarprogramm-Entwurf in Berlin noch nicht zu erledigen, sondern ihn der weiteren Bearbeitung

durch eine Sonderkommission zu überantworten. Zu dieser wären vor allem auch parteigenössische Vertreter aus den Kleinbauern-, Heubündler- und Kleinfeldbesitzerverbänden anzuziehen. Ein Agrarprogramm, das ohne oder gar gegen diese gemacht wird, kann der Partei wenig nützen, wohl aber viel schaden.

Zur Programmdebatte gehen uns auch noch die nachfolgenden Ausführungen des Genossen *Stamper* zu:

Es ist durchaus erfreulich, wenn sich auch die Unabhängigen an der Debatte über die Schaffung unseres neuen Parteiprogramms beteiligen, und es ist recht beachtlich, wenn die „Freiheit“ darauf warnt, einem Entwurf zum Parteigesetz zu erheben, der die Kraft innerhalb des Sozialismus verliere. Aber die Freimütigkeit, mit der die unabhängige Presse den sozialdemokratischen Programm-Entwurf kritisiert, gibt uns den Anlaß und das Recht, auch die Kritik und die Kritiker von unserem Standpunkt aus zu kritisieren. Eine solche Debatte könnte unter Umständen sogar recht fruchtbar werden, da ja die Unabhängigen die Verschiedenheit der Grundzüge als die Ursache der fortbestehenden Spaltung betrachten. Grundfähige Klarheit ist die Vorbedingung nicht nur für eine etwaige spätere Einigung, sondern auch für ein sträglisches, nicht immer wieder durch Mißverständnisse gestörtes Nebeneinander auch jetzt.

Die unabhängige Kritik hat an dem Entwurf zwei Punkte auszulegen: Erstens, daß er sich für die Demokratie im Gegensatz zur Diktatur bekämpft, und zweitens, daß er reformistisch ist. Die „Freiheit“ findet bei dem Entwurf ausgesprochene Ablehnung einer Kinderdiktatur selbstverständlich, gerade aber deshalb nichts sagend. In dem dogmatischen Streite um Diktatur oder Demokratie erblickt sie eine Kinderdiktatur und einen untauglichen Versuch, der künftigen historischen Entwicklung das Gesetz eines Handelns vorzuschreiben, das ausschließlich von den konkreten Umständen der revolutionären Nachtergreifung bestimmt wird.

Das heißt mit andern Worten: Die Unabhängigen stehen zur Demokratie, aber sie können auch anders. Wir stehen zur Demokratie und können nicht anders. Das ist der Unterschied, und man soll nicht sagen, daß er gering sei. In der Praxis hat er im Winter 1918/19 dazu geführt, daß die Regierung der Volksbeauftragten an der Frage der Wahl zur Nationalversammlung auseinanderbrach. Damals glaubten die Unabhängigen, die konkreten Umstände der revolutionären Nachtergreifung — drängten in der Richtung von der Demokratie hinweg zum politischen Rätesystem. Und sie ließen sich von diesen eingebildeten konkreten Umständen leiten wie ein Schiff, das ohne Segel und Steuer mit der Strömung treibt. Die Sozialdemokratie dagegen nahm den Kurs klar zur Demokratie und erreichte ihr Ziel, indem sie die einzige Rettung aus dem sonst unvermeidlichen Schiffbruch erkannte. Wenn hat die gesellschaftliche Entwicklung selbst recht gegeben?

Am 5. Dezember 1919, also vor noch nicht zwei Jahren, beschloßen die Unabhängigen auf ihrem Leipziger Parteitag ein Aktionsprogramm, in dem sich unter anderem folgende Sätze finden:

Die politische Herrschaftsorganisation des kapitalistischen Staates wird mit der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat zertrümmert. An ihre Stelle treten die politischen Arbeiterverbände als Herrschaftsorganisation des Proletariats. . . . Die Diktatur des Proletariats ist ein revolutionäres Mittel zur Beseitigung aller Klassen und Aufhebung jeder Klassenherrschaft, zur Erringung der sozialistischen Demokratie. Mit der Sicherung der sozialistischen Gesellschaft hört die Diktatur des Proletariats auf, und die sozialistische Demokratie kommt zur vollen Entfaltung.

Es ist unmöglich, mehr unklare Revolutionsromantik in weniger Worten zu pressen. Das politische Rätesystem ist eine ganz verschwommene, niemals näher definierte Vorstellung. In Rußland hat ein paar Monate ein Schein davon existiert; dann ist er durch den wirklichen Absolutismus der kommunistischen Parteiregierung abgelöst worden. Jetzt erklärt selbst Brandler, die Entwicklung zum Kommunismus brauche noch Jahrzehnte; vor zwei Jahren aber zeigten sich die Unabhängigen bereit, für die Uebergangzeit, die sie damals offenbar für ganz wesentlich kürzer hielten, auf die Demokratie zu verzichten und eine Kinderdiktatur zu errichten. Deren Ablehnung die „Freiheit“ heute „selbstverständlich“, gerade aber deshalb nichts sagend“ findet.

Von dem neuen sozialdemokratischen Programm kann man billigerweise nicht verlangen, daß es Irrtümern der Unabhängigen entgegenkomme, an die sich diese selbst heute nur noch ungern erinnern lassen.

Rechtlich steht es mit dem Vorwurf der Unabhängigen, der Programm-Entwurf sei reformistisch. Das Leipziger Aktionsprogramm forderte — nicht auf dem Wege demokratischer Gesetzgebung, sondern diktatorischen Dekrets — unversöhnliche Vergesellschaftung von Banken, Versicherung, Kohle, Wasser, Elektrizität, Eisen- und Stahlproduktion, des Transport- und Verkehrswesens, des Großgrundbesitzes, des städtischen Grund und Bodens, des Ernährungswesens, des Erziehungswesens usw. Heute weiß jedermann, daß es ungemein leicht ist, dies alles auf dem Papier auf einmal zu fordern, daß es aber ganz unmöglich ist, dies alles in kurzer Frist und ohne nähere Ueberlegung mit einem einfachen Federstrich durchzuführen. Theoretisch kann man dies alles auf einmal fordern, in der Praxis aber wird es sich in eine gewaltige Menge von einzelnen Reformen auflösen, deren Durchführung viel Zeit, viel Geduld, viel Ueberlegung und die Ueberwindung zahlreicher Schwierigkeiten erfordert. Es gibt nicht zwei Systeme: Reformismus und Revolutionismus, sondern es gibt nur zwei Sorten von Reformismus: Einen praktisch arbeitenden und einen atomlos überfüllten. Die zweite Sorte wird entweder überhaupt zu keinen Ergebnissen kommen oder nur zu höchst unglücklichen.

Darum kann auch der Vorwurf des Reformismus den Entwurf des sozialdemokratischen Parteiprogramms nicht treffen. Daß dieser Entwurf kein Rätesystem ist, das ist von sozialdemokratischer Seite selbst schon mehrfach gesagt worden. Positive Vorschläge zu seiner Verbesserung sind

wünscht, von welcher Seite immer sie kommen mögen. Aber dies darf heute schon gesagt werden, daß das neue sozialdemokratische Programm keinesfalls sich das Leipziger Aktionsprogramm der Unabhängigen zum Vorbild nehmen wird.

Deutschlands Ernteaussichten

Wie alljährlich um diese Zeit wird die Öffentlichkeit von der, wenn sie richtig wäre, sehr erfreulichen Kunde überreicht, daß die Ernte eine vorzügliche zu werden verspreche. Fast alle Jahre erweist sich diese Nachricht als stark übertrieben, wenn nicht ganz irrtümlich. In der „Berliner Morgenpost“ vom letzten Mittwoch befindet sich, in einem Artikel über die Preissteigerung eingeflochten, die Nachricht, daß in Roggen und Weizen eine Rekordernnte, die beste seit einem Jahrzehnt, erwartet werden dürfe; weniger ergiebig, aber auch immerhin gut, werde die Haferernte werden. Der Ernteertrag werde im Durchschnitt von 12 bis 14 Zentner, stellenweise sogar bis zu 20 Zentner für den Morgen geschätzt, während er in den Kriegsjahren nur 7 bis 8 Zentner Getreide betragen habe. Diese optimistische Aufassung wird im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft nicht geteilt. Soweit man in der jetzigen Zeit, in der noch ein großer Teil der Ernte auf dem Halme steht, und das bereits geerntete Getreide nur zu einem sehr geringen Teil ausgebreitet ist, überhaupt ein Urteil fällen kann, wird die Ernte in einem Teil Deutschlands, der genügend Niederschläge zur rechten Zeit erhalten hat, wohl durchaus bestrebende Ergebnisse haben. Dagegen lauten aus vielen Gegenden, wo der Regen gefehlt hat, die Nachrichten über die Getreidernte recht ungünstig. Im ganzen wird man kaum annehmen dürfen, daß der Ernteertrag im Durchschnitt über den einer Mittelernte hinausgeht.

Drohender Generalstreik in der französischen Textilindustrie

Paris, 25. Juli. Havas meldet aus Lille: Die Vertreter der Arbeitsschichten von Roubaix, Tourcoing und Umgebung haben gestern beschlossen, für den 2. August den Generalstreik in der Textilindustrie und allen andern durch eine Lohnherabsetzung bedrohten Arbeitszweigen zu erklären.

Frankreich auf dem Wege zum Hochkapitalismus

Die moderne kapitalistische Entwicklung ist durch das Vorbringen des Finanzkapitals gekennzeichnet. Die Banken beherrschen in diesem System die Industrie nicht nur durch die ihr gewährten Anleihen, sondern noch viel kräftiger dadurch, daß sie selbst Teilhaber der Unternehmungen sind und auf die Gründung der Betriebe entscheidenden Einfluß haben. Weiter ist die Kartell- und Trustbildung ein zweites Symptom des entwickelten Kapitalismus. Frankreich, obwohl ein Land mit Kleinstbanken, die aber zumeist nur Geldoperationen vollzogen, gelangt erst jetzt in die Bahnen des oben bezeichneten Hochkapitalismus. Der große Kongreß aller Unternehmerverbände beweist, daß diese Kreise sich dieser Tendenzen bewußt worden sind. Er fordert die Großen auf, die Leitung der Industrie zu übernehmen und veranlaßt die Bildung von Kartellen in allen Industriezweigen. Es wurde auch der Staat angerufen, die Kartellbildung durch Ausschaltung hindernd wirkender gesetzlicher Verfügungen wie auch positiv durch Intervention zu unterstützen. Der Kongreß meint, daß die Interessen der Verbraucher bei einer allgemeinen Kartellierung der Industrie durch das Überwiegen der Kartelle in den verschiedenen Industriezweigen, welche die Preise gegenseitig herunterzudrücken trachten, genügend gewahrt sind. Die bisherigen Erfahrungen, wonach die Kartelle zum Schaden der Verbraucher sich immer gut untereinander verständigen konnten, haben den Kongreß wenig gestört.

83 : 17.

Diese Zahlen, aufgetaucht bei dem großen englischen Kohlenstreik, sollen nach vielen in der letzten Zeit veröffentlichten Meinungen eine grundlegende Umwandlung in der Entwicklung der Arbeitsverhältnisse darstellen. Der Streik ist bekanntlich mißglückt, die Vereinheitlichung der Löhne für das ganze Land (pool) gescheitert, die Löhne herabgesetzt. Dagegen ist den Arbeitern eine Beteiligung an dem Extraprofit der Bergindustrie gewährt worden, und die obigen Zahlen bezeichnen den Schlüssel der Verteilung: 83 Prozent sollen aus diesen Profiten unter den Arbeitern verteilt werden, 17 Prozent verbleiben den Unternehmern. Durch diese Regelung soll ein neuer, nach einigen Meinungen revolutionärer Grundzug in die Industrie eingeführt worden sein, die Arbeiter wurden sozusagen Mitbeteiligte an dem Ertrag der Industrie. Es soll jetzt dahingestellt bleiben, ob es richtig war, diese von der Regierung aufgedrungenen Beteiligung anzunehmen. Davon unabhängig müssen wir die grundlegende Bedeutung dieser Regulierung vernennen. Sie hat nämlich praktisch keine Bedeutung, und dieser Umstand wirkt auch auf das Grundfähliche zurück. Extraprofite werden nach der Vereinbarung nur verbleiben, wenn zuerst noch Abzug aller Kosten, Vergütungen und Obligationen Prioritätsaktien usw. noch ein Durchschnittsprofit für die Aktionäre verteilt worden ist. Bei der Konkurrenz, welche der englischen Kohle gemacht wird, kann man in absehbarer Zeit auf einen solchen Extraprofit nicht rechnen. Im übrigen bestehen in vielen Betrieben aller Länder Vereinbarungen für eine Gewinnbeteiligung, wenngleich sie auch gewöhnlich nach anderen Maßstäben bemessen wird, wie der oben geschilderte. Dieses System hat deswegen bisher keine große Bedeutung erlangt, weil die dadurch an die Arbeiter gelangenden Beträge geringfügig waren und nicht anders als eine geringe Lohnzuschlag betrachtet werden könnten. Erst bei einer erheblichen Größe und Beweglichkeit könnte die Gewinnbeteiligung (gleichviel ob erwünscht oder unerwünscht) eine grundlegende Umformung des Arbeitsverhältnisses — besonders auch auf ihre psychologische Seite hin betrachtet — bedeuten. Dies ist aber bei den englischen Bergarbeitern nicht der Fall.

Danziger Nachrichten.

Die Straßenreinigungspflicht in Danzig.

Der Straßensatz des Obergerichts beschäftigte sich mit der Straßenreinigungspflicht in Danzig und fällte ein auffällendes Urteil von allgemeinem Interesse. Ein Kaufmann besah in Kaufmannswasser an einer ausgebauten Straße ein unbebautes Grundstück. Er kam seiner Straßenreinigungspflicht nicht nach, weil er glaubte, daß er hierzu nicht verpflichtet sei. Er war im Jahre 1910 von der Auflage, die Straße nicht gereinigt zu haben, vom Schöffengericht und von der Strafkammer freigesprochen worden, weil eine Obliegenheit (Ueberwachung) nicht bestehe, nach der die Besitzer unbebauter (Grundstücke) die Straße zu reinigen hätten. Das Schöffengericht sprach ihn auch jetzt wiederum frei. Die Berufungsstrafkammer verurteilte ihn aber zu 5 Mark Geldstrafe und stellte hierbei, im Gegensatz zu dem Urteil von 1910 fest, daß die Straßenreinigungspflicht auf Grund einer Obliegenheit bestehe. Gegen dieses Urteil legte der Angeklagte Revision ein. Das Obergericht verurteilt die Revision und bestätigte das Urteil der Berufungsstrafkammer in seinem Ergebnis, wenn auch nicht ganz in seiner Begründung. In der wichtigsten Urteilsbegründung des Obergerichts wird ausgeführt:

Der Angekl. ist im Jahre 1910 von einer Auflage auf Grund des gleichen Sachverhalts rechtskräftig freigesprochen worden, weil damals für ihn als den Eigentümer eines unbebauten Grundstückes eine durch Gesetz, Ortsstatut oder Oberdanz begründete Straßenreinigungspflicht nicht bestand. Auf Grund des § 5 des Preussischen Wegereinigungs-Gesetzes vom 1. Juli 1912 ist jedoch in Danzig das Ortsstatut vom 5. Juli 1918 in gleichmächtiger Form erlassen und verordnet, dessen § 1 die Verpflichtung zur Reinigung der öffentlichen Wege in der geschlossenen Ortslage ausschließlich den Eigentümern der angrenzenden Grundstücke, mithin auch der unbebauten, auferlegt. Die Strafkammer hat daraus mit Recht angenommen, daß auf Grund dieses Ortsstatuts eine Reinigungspflicht des Angeklagten bestehe. Wenn die Strafkammer außerdem ein Versehen einer gleichlautenden Oberdanz feststellt, obwohl eine solche noch 1910 verneint worden war, so übersteht sie dabei offenbar den § 3 des Wegereinigungs-Gesetzes, wonach die Bildung neuer Oberdancen ausgeschlossen ist. Dieser Rechtsirrtum beschwert jedoch den Angeklagten nicht, da seine Reinigungspflicht jedenfalls nach dem bezeichneten Ortsstatut begründet ist.

Zur Bestrafung des Angeklagten genügt freilich nicht, wie die Strafkammer annimmt, das Versehen eines Ortsstatuts. Vielmehr kann nach § 368, Abs. 10 St.G.B. wegen Unterlassung der Straßenreinigung nur bestraft werden, wer damit zugleich eine zur Erhaltung der Reinlichkeit auf öffentlichen Straßen erlassene Polizeiverordnung übertritt. Die Strafkammer dürfte darum nicht das Versehen einer solchen Polizeiverordnung dahingestellt sein lassen. Vielmehr nur, wenn die durch Gesetz, Oberdanz oder Ortsstatut begründete Reinigungspflicht eine allgemeine polizeiliche Regelung erfahren hat, gegen die im Einzelfalle verstoßen ist, kann Bestrafung eintreten. Eine solche polizeiliche Regelung aber besteht in Danzig in der Straßenpolizeiverordnung vom 12. Oktober 1900, in der Fassung der Polizeiverordnung vom 7. Oktober 1915. Auch durch diesen Rechtsirrtum aber ist der Angeklagte nicht beschwert worden, da das von der Strafkammer festgestellte Verhalten des Angeklagten zugleich einen Verstoß gegen diese Polizeiverordnung darstellt. Hiernach ist die Bestrafung des Angeklagten zu Recht erfolgt, wenn auch die Urteilsformel unzutreffend das Ortsstatut anstatt an Stelle der Polizeiverordnung.

Danziger Jugend- und Sportwoche. Nach eingehenden Vorbereitungen mit den Führern der Danziger Jugend- und Sportbewegung ist beabsichtigt, anfangs September eine Jugend- und Sportwoche für den Freistaat Danzig abzuhalten. Die Veranstaltungen sind getragen von der Absicht, den weitesten Kreisen in Stadt und Land den ungeheuren Wert der sportlichen Betätigung, die dringende Notwendigkeit der körperlichen Erfrischung unserer Jugend

nahe zu legen. Die sportlichen Aufführungen sollen möglichst in den Gärten der Städte und größeren Ortschaften stattfinden, um der Jugend, Eltern und Lehrern weite Wege und Geldkosten zu ersparen. Auskünfte erteilt die Geschäftsstelle des vorbereitenden Ausschusses Weimarschlagendamm 1-2 1. Etage, Telefon 3387.

Eigenartige Oasen eines Seelensorgers. In der Kirche Reichenberg ließ der Seelsorger am letzten Sonntag seinen eigenartigen „christlichen“ Gesängen freien Lauf, indem er versuchte, seinen Zuhörern die ungerechte Handlungsweise der Agitatoren des Arbeiterverbandes vor Augen zu führen. Dieser Führer des „Christentums“ kritisierte es, daß Leute in öffentlichen Versammlungen den Arbeitern vor Augen führten, daß sie ausgebeutet werden und gemeinsam den Kampf gegen ihre Unterdrücker aufnehmen müssen, um sich ihre Rechte zu erkämpfen. Er versuchte seinen Zuhörern glaubhaft zu machen, daß alles in der besten Ordnung ist. Nun sind aber einige von denen, die zur Kirche gehen auch nicht mehr so untölpelhaft und glauben diesen „Worten des Trostes“ nicht mehr. Wenn die Jünger des Christentums mit solchen Worten die Unterdrückten trösten wollen, werden sie das Gegenteil zu erwarten haben von dem, was sie eigentlich wollen. Die Mühseligkeiten und Belästigungen werden von dieser geistlichen Erquickung nicht satt und werden um so schneller den Weg zu ihrer Gewerkschaft zum Sozialismus finden. Und soll es recht sein, wenn die Seelsorger auf diese Art unsere Agitation unterstützen und sich offen auf die Seite der Besten stellen. Der Grund der christlichen Lehre stand allerdings immer auf Seiten der Unterdrückten und Ausgebeuteten. Das Vorgehen dieses Pfarrers zeigt am besten, wohin wir mit der jetzigen Staatskirche gekommen sind.

Der Reichstag der Kriegsgeldbesitzenden. Kriegsteilnehmer und Kriegsgeldbesitzenden hielt am Sonnabend seine Monatsversammlung bei gutem Besuch im Bildungsbereich ab. Der 1. Vorsitzende und der Geschäftsführer gaben einen Geschäftsbericht über die recht umfangreiche Tätigkeit des Vorstands. Bemängelt wurde dabei die jetzt einsetzende Entziehung der widerrussischen Zuwendungen für Kriegsgeldbesitzer, ohne daß diesen ein gleiches Einverständnis zur Seite stünde. Ferner wurde das Vorgehen der Landesversicherungsanstalt verurteilt, die dazu übergegangen ist, angewiesene Beihilfen zur Invalidenrente bis zum einem Jahre und darüber zu sperren. In einzelnen Fällen wurde sogar verurteilt, die laufende Militärrente zu sperren, was durchaus jeder gesunden Grundlage entbehrt. Nach erfolgtem Rassen- und Revisionsschied wurde Entlassung erteilt. Der hierauf folgende Vortrag des Redakteurs unseres Bundesorgans des Kameraden Händel, der Mitglied des Reichsausschusses für Kriegsgeldbesitzenden und Hinterbliebenenfürsorge ist, fand infolge seines belehrenden Inhaltes die regste Aufmerksamkeit. Neben der Mitteilung, daß das Rentenprovisorium um weitere 6 Monate bis Jahresende verlängert sei, und auch die 10 prozentige Erhöhung der Teuerungszulage in Danzig geschildert wurde, waren noch die lehrreichen Auslegungen einzelner Paragraphen des Reichsversorgungsgesetzes 20 und die Mitteilung organisatorischer Erfolge recht interessant. Dem zweistündigen Vortrage folgte eine Aussprache, in der die unhaltbaren Zustände der Danziger Rentenverwaltung geschildert und an Stelle der provisorischen eine gesetzliche Grundlage gefordert wurde. Eine eingebrachte Entschließung mit den wichtigsten Gegenwartsforderungen wurde einstimmig angenommen. Sie fordert beschleunigte Rentennummernreform und Nachzahlung der 10 prozentigen Teuerungszulage. Erhöhung der Teuerungszulage um weitere 25 Prozent wegen der zu erwartenden Brotpreis- und Wertschöpfung, Zuteilung des gesamten Freistaates in die Ortsklasse II, Aufhebung der Rentensperren der Landesversicherung, Steuerfreiheit der Renten bis zu 8000 Mark, wie im Deutschen Reich und beschleunigte Bearbeitung der Versorgungsfragen beim Militärversorgungsgesetz, gegebenenfalls unter Einstellung weiterer Hilfskräfte bei weitgehender Berücksichtigung von Schwerbeschädigten. Die Entschließung soll als Eingabe dem Senat übermittel werden.

Fünf Fragen.

Warum muß man sein Leben versichern?

Weil es eine sittliche Pflicht jedes Menschen ist, für den Fall seines Todes die Hinterbliebenen vor Not zu schützen und für das eigene Alter, in dem die Erwerbsfähigkeit geschwächt oder ganz verloren ist, ein angemessenes Kapital sicherzustellen zum Zwecke der Altersversorgung.

Warum kann dieser doppelte Zweck nicht durch einfaches Sparen sondern nur durch die Lebensversicherung erreicht werden?

Weil die Sparkasse lediglich die eingezahlten Gelder nebst Zinsen zurückhält, die Lebensversicherung dagegen (abgesehen von der bei Versicherungen ohne ärztliche Untersuchung üblichen Wartezahl) beim Tode des Versicherten sofort das volle versicherte Kapital zur Auszahlung bringt, einerlei wieviel Prämien bis zu diesem Zeitpunkt bezahlt sind.

Warum muß man sich sofort versichern?

Weil die Prämie um so niedriger ist, je früher die Versicherung abgeschlossen ist; weil wir täglich und stündlich von Gefahren für Leben und Gesundheit bedroht sind, und es in keiner Zeit zum Abschluß seiner Versicherung versäumt schon zu spät ist.

Warum muß man sich so hoch versichern, wie es die eigene wirtschaftliche Lage nur irgend gestattet?

Weil infolge der durch den Krieg verursachten katastrophalen Wertminderung geringe Summen nicht mehr den Zweck der Lebensversicherung erfüllen können. Die Kosten der Lebenshaltung sind um mehr als das Zehnfache gestiegen, diesen veränderten Verhältnissen muß sich auch die Versicherungssumme anpassen. Der Abschluß einer höheren Versicherung wird erleichtert durch die Steuerersparnis, die durch die Lebensversicherung erzielt wird. Auf Grund des § 18 des Einkommensteuergesetzes sind nämlich vom Gesamteinkommen die Prämien, die für Versicherungen des Steuerpflichtigen oder eines seiner nicht selbständigen Haushaltangehörigen auf den Todes- oder Lebensfall gezahlt werden, in Abzug zu bringen, soweit sie den Betrag von 1000 Mark jährlich nicht übersteigen. Das bedeutet je nach der Höhe des steuerpflichtigen Einkommens eine Ersparnis bis zu 40 Prozent der Prämie und mehr. Diese Beträge erhält also der Versicherte sich und seiner Familie, während der Nichtversicherte sie an den Staat zahlen muß.

Warum muß man sich bei der Volksfürsorge versichern?

Weil sie im Gegensatz zu den privatkapitalistischen Versicherungsgesellschaften die größten Vorteile bietet, was aus nachstehendem Beispiel klar hervorgeht.

Bei Abschluß einer Versicherung nach Tarif II a auf 30 jährige Dauer bei einer Monatsprämie von 10 Mark beträgt die garantierte Versicherungssumme:

bei der Volksfürsorge	8180 RM.
Victoria	3681
Friedrich-Wilhelm	3680
Iduna	3630
Wilhelma	2850

Neben der beliebigen Volksversicherung bis zu 5000 Mark hat die Volksfürsorge auch die „Großlebensversicherung“ eingeführt und zwar in 2 Tarifen:

Tarif D: Ohne ärztliche Untersuchung mit einer Versicherungssumme von 5000 Mark bis 20 000 Mark.

Tarif M: Mit ärztlicher Untersuchung mit einer Versicherungssumme von 5000 Mark bis zur beliebigen Höhe.

Anträge zur Versicherung werden jederzeit bei Bruno Schmidt, Danzig, Marktenden 35, und Dreesen zum Abschluß einer Versicherung werden in allen Bureau der Gewerkschaften sowie in allen Bürgern der Konsum- und Spargenossenschaft entgegen genommen.

„König Kohle.“

Roman von Upton Sinclair.

(Fortsetzung.)

„Kommen Sie zurück und setzen Sie sich.“
Gul setzte sich, und der Berghauptmann trat ans Telefon. „Kommen Sie“, sagte er und wartete einen Augenblick. „Und Sie es, Tom?“ Sofort das Automobil.
Er hängte das Hörrohr auf; tiefes Schweigen. Schließlich fragte Gul: „Werde ich nach Pedro gebracht?“
Keine Antwort.
„Ich merke, daß ich Sie nervös mache“, meinte Gul. „Ist es Ihnen übrigens klar, daß Sie mit neulich nichts das ganze Geld fortgenommen haben? Außerdem muß ich mit der Gesellschaft abrechnen, habe noch Lohn zu erhalten.“
Der Berghauptmann rief eine andere Nummer ins Telefon. „Hallo, Simpson! Hier Cotton! Machen Sie die Bohnenaufstellung für Joe Smith, Gehalts in Nummer 3, und schicken Sie das Geld her, auch seine Rechnung im Warenhaus. Nach, wir warten darauf, er hat es eilig, fortzukommen.“
Wieder hing er das Hörrohr auf.
„Sagen Sie“, fragte Gul, „haben Sie sich Mike Sitorias wegen auch so viel Mühe gegeben?“
Guten Augenblick herrschte Schweigen.
„Ich möchte Ihnen vorschlagen, mir einen Teil meines Lohnes in Guthaben auszugeben; ich möchte diese gerne als Abenden mitnehmen.“
Noch immer gab der andere keine Antwort.
„Sie wissen doch“, fuhr der Gefangene fort, „daß Guthaben gesetzlich verboten sind?“
Die Mut trieb den Berghauptmann zum Sprechen: „Wir zahlen nicht in Guthaben.“
„Sie tun es, Mensch, das wissen Sie doch!“
„Nur wenn der Lohn im voraus verlangt wird.“
„Das Gesetz schreibt vor, daß der Lohn zweimal im Monat ausbezahlt werde, und das tun Sie nicht. Sie zahlen einmal monatlich; braucht einer in der Zwischzeit etwas, so erhält er dieses nachmachende Geld.“
„Was haben Sie uns vorzuerwerfen, wenn die Leute damit zufrieden sind?“
„Sind Sie damit nicht zufrieden, so werden Sie in Züge verladen und verschleppt.“
Schweigend sah der Berghauptmann da; seine Finger klopfen auf das Pult.

„Cotton“, begann Gul von neuem — „ich möchte mich gerne bilden, und Sie könnten mir etwas erklären — ein psychologisches Problem. Was sagt sich ein Mann in der Tiefe seiner Seele, wenn er so handelt wie Sie?“

„Junger Mann“, entgegnete der Berghauptmann — „bezeichnen Sie, aber Sie fangen an, langweilig zu werden.“

„Oh, aber es steht uns noch eine Automobilfahrt bevor! Wir können doch nicht den ganzen Weg über schweigen!“ Dann in einschmeichelndem Ton: „Ich möchte wirklich gerne wissen. Vielleicht können Sie mich belehren.“

„Nein“, erwiderte Cotton — „auf so etwas lasse ich mich gar nicht ein.“

„Weshalb denn?“

„Weil ich Ihrem Redefluß ja doch nicht gewachsen bin. Ich habe auch Agitatoren schon früher (schon) gehört. Ihr seid alle gleich, meint, die Welt würde durch Sprechen regiert — dem ist aber nicht so.“

Allmählich ward es Gul klar, daß sein Duell mit dem Berghauptmann zu nichts führte; er hatte sich alle erdenkliche Mühe gegeben, disputiert, gebroht, geblüff, sogar wieder gesungen! Und nun wird ihn der Berghauptmann hinauswerfen, das ist das ganze Resultat.

Gul hatte den Streit anfreundlicher gehalten, weil er auf das Automobil warten mußte; außerdem hatte er eine Entbehrung erduldet und wollte seinem Kummer und seiner Enttäuschung Luft machen. Jetzt aber verstand er plötzlich. Des Berghauptmanns Worte: „Sie meinen, die Welt würde durch Sprechen regiert, hatten seine Aufmerksamkeit erregt. Genau diese Worte pflegte Gul Bruder anzuhören. Gul hatte der Berghauptmann gesagt: „Ihr Agitatoren!“ Seit Jahren war es ein Hohmoort von Gul Bruder gewesen: „Du wirst bestimmt noch als Agitator enden!“, und Gul pflegte mit Inbrunstem Trost zu erwidern: „Marin, auch nicht!“ Und heute nannte ihn der Berghauptmann in vollem Ernst einen Agitator ohne sich zu entschuldigen, ohne durch Bluthunde das Vorrecht für Freiheit zu haben. Ja, er wiederholte es sogar: „Ihr Agitatoren!“, und Gul versuchte die Leute aufzuheben.

So also erschien Gul in den Augen der Allgemeinen Beihilfs-Gesellschaft. Er war als Zuhörer hergekommen, wollte, auf dem Verstand des Compensations, den Organ sozialen Glanz betrachten. Jeden seiner Schritte hatte er vorerst sorgfältig überlegt. Hatte bloß Wagenkontrollen werden wollen, weiter nichts! Tom Olson hatte er erklärt, daß er sich nicht für die Organisation einer Gewerkschaft bemühen werde; sein Mißtrauen gegen Gewerkschaftsorganisationen und jegliche Art von Agitatoren war stets groß gewesen.

— sie waren ihm als verblendete, unverantwortliche Subjekte erschienen, die, gefährliche Experimente erziehend, unbedachteten Spätkinder hatte er freilich Tom Olson benannt — doch hatte dies keine Bedeutung nur bis zu einem gewissen Grade befestigt; Olson war bloß einer der Agitatoren, das bewies ja noch nichts.

Und nun wurden alle Rücksichten, die er auf die Gesellschaft genommen, außer Acht gelassen, desgleichen die Verurteilung, den Berghauptmann davon zu überzeugen, daß er einer besseren Klasse angehört. Trotz Gul's „guten Manieren“ hatte der Berghauptmann gesagt: „Ihr Agitatoren!“ Weshalb diese Worte? Gleich er, Gul, war, tatsächlich jenen verblendeten, unverantwortlichen Subjekten? Es war an der Zeit, sich selbst genau zu betrachten.

Salten ihn wirklich zwei Monate „schwieriger Arbeit“ im Gefängnis daran verändert? Dieser Gedanke mußte einen „Stöhring der Taten“ peinlich berühren. Sprach er bereits wie die anderen, er, der den Namen Stein geführt? Der Berghauptmann hatte seinen Redefluß erwähnt. Es traf ja zu, er hatte viel gesprochen; aber was konnte der Mann anders erwarten, nachdem er ihn zwei Wochen und einen Tag gefangen gehalten und ihn danach reichlich Zeit gegeben hatte, über das ihm zugefügte Unrecht zu grübeln? War dies etwa der Schmelzofen, in dem die wirklichen Agitatoren geformt wurden — in der Einsamkeit, mit dem erstickten Lärm als alleinigen Gefährten eingeschlossen?

Gul erinnerte sich der Gedanken, die ihn im Gefängnis befielen. Er war verblüfft gewesen, hatte gar nichts mehr gegen die Gesellschaft eines „Stöhring“ im Nachhinein einzuwenden gehabt. Doch war dies eine bloße Stimmung gewesen, ähnlich der, die ihn die Antwort an den Bruder eingelegt. Gefühlspsychologie, ein Teil seines „Stöhring“ in praktischer Soziologie. Er verneinte es abgelehnt zu haben, doch hatte es auf ihn einen tieferen Eindruck gemacht, als er selbst dachte, hatte sogar sein Temperament verändert. Er sah sich ein Agitator aus, sprach wie einer: „War unverantwortlich“, verblüffend“ geworden!

Ja, das war es! Dieser ganze Schmutz, die Unwissenheit, Apathie, die Gutmütigkeit und Bedrückung, dieses „Stöhring“ der Menschenleiber mit Menschenleben in den stöhringreichen Unterirdik — all dies existierte gar nicht. War bloß die Polarisierung eines unverantwortlichen „Stöhring“. Gul Bruder und der Berghauptmann bezuagten es, die ganze Welt bezuagte es! Der Berghauptmann, der Bruder, die ganze Welt konnten doch nicht blind sein! Sprach man ihnen von diesen Verhältnissen, so zuckten sie die Achseln, nannten ihn einen „Träumer“ oder „Wahr“, behaupteten, man habe den Verstand verloren, oder sie wurden bitter und jenseitig einem „Ihr Agitatoren!“ zu.

(Fortsetzung folgt.)

Ehrreiche Wahlen im Ruhrgebiet.

Das dänische Partejubiläum. Ganz Kopenhagen fand Sonntag nachmittag unter dem gewaltigen Eindruck der Waffendemonstration aus Anlaß des 50jährigen Bestehens der dänischen sozialdemokratischen Partei. Über 100 000 Menschen mit zahlreichen Musikkapellen, Fahnen, Schildern und allem sonstigen Jubelgerät einer modernen Arbeiterkundgebung nahmen an der Demonstration teil. Von fünf Tribünen sprachen dänische und ausländische Genossen aus allen Parteien der zweiten Internationale, darunter auch Otto Wels-Deutschland, der herzlich begrüßt wurde. Besonders Aufsehen machte die Rede des belgischen Genossen De Braudere, der betonte, daß die deutschen und belgischen Arbeiter das gleiche Interesse haben, den Militarismus zu bekämpfen. Wels kam darauf an, daß die deutsche Republik erhalten und im demokratischen und sozialistischen Sinne weiter entwickelt

In den Mitteln des Beeinflussens der öffentlichen Meinung und des Abwiegens der Arbeiter von ihrem eigentlichen politischen und wirtschaftlichen Kampfschaffen gehören auch die bürgerlichen Sportverbände und sonstige, politische Neutralität bescheidende bürgerliche Organisationen. Diese Vereinigungen haben sich von je als Pfeilerstützen nationalstaatlichen, imperialistischen und antizöslawischen Geistes bewährt und haben deshalb die eifrige Förderung durch alle reaktionären Kreise gefunden. Zu Weltkriegszeiten waren diese Organisationen die besten Stützen der monarchistischen Rundgebungen und Zentralen aufproduzierenden Abwehrfronten. Das ist auch heute noch nicht viel anders geworden, wenn sich auch die bürgerlichen Sportverbände den veränderten Zeitverhältnissen stark anpassen mußten.

Nachdem durch die Novemberrevolution die früher geübte Position des kapitalistischen Baskeniums fast vollständig verloren ist und die Macht der Besitzenden durch den Kampf der sozialistischen Arbeiterklasse erheblich geschwächt wurde, entfaltet die bedrängte Kapitalistklasse eine neue Wehrarbeit für die bürgerlichen Sportverbände und deren Fortschaltungen, wobei sie durch die bürgerliche Presse bereitwillige Unterstützung findet. In sehr gesteigerter Weise wird dem Kampf sich bemühend machenden Reichthum der Bevölkerung nach sportlicher Betätigung und nach anderen, abseits von den politischen und wirtschaftlichen Kämpfen liegenden Dingen entgegengekommen. Durch Veranstaltungen sportlicher Wettkämpfe, für die institutionelle Hilfe gemacht wird, gelingt es den Machern der bürgerlichen Sportbewegung nach ihren Eiernahmen, manche Schichten des Proletariats in den Zentren des Bürgerthums zu ziehen. Sie brauchen dafür nicht erst Beweise zu erbringen. Jeder bürgerliche Sportveranstalter liefert lebende Beispiele in alle und Fälle, wie groß leider die Scharen Proletariat sind, die als Theilnehmer und Zuschauer der bürgerlichen Sportverbänden ins Gern laufen. Man sieht auch und charakteristisch lassen sich auf diese Weise ihren Entzügen und Bindungen der Arbeiterbewegung des Proletariats zu dienen erkennen. Die sozialistische Arbeiterbewegung erleidet dadurch großen Schaden. Nicht nur, daß in übertriebener Sportbegeisterung der Kampf zu den

Juwelenschiebung eines deutschen Prinzen. Um angeblich seine Schulden bezahlen zu können, hat der Prinz Friedrich Leopold von Preußen vor Jahresfrist Juwelen im Betrage von 20 Millionen Mark nach der Schweiz verschleusen lassen. Nach Schätzung eines deutschen Juweliers beträgt der Materialwert dieser, bei einer Berner Bank, welche das Verkaufsrecht besaß, hinterlegten Juwelen 600 000 Schweizer Franken. Der Vertreter des preussischen Finanzministeriums, dem die Bezahlung der Schweizer Schulden des Prinzen oblag, hatte schließlich zu

Großer Waldbrand beim Niederwalddenkmal In der Nähe des Niederwalddenkmals im Kammforst auf den Rheinhöhen hat ein zweitägiger Waldbrand große Holzbestände und Getreidefelder vernichtet.

„Ich bin mit 14 in London auf einer Tournee. Ich will immer in den großen Städten herumreisen, aber ich will es mit meiner Musik machen, damit mir das Publikum nie verweigert. Deshalb bin ich immer in der Stadt und habe nie eine Pause. Ich bin immer unterwegs, und ich bin immer glücklich. Ich bin immer glücklich, weil ich immer unterwegs bin.“

politische Betätigung gefaßt. Damit soll nun nicht gesagt sein, daß die sportlichen Organisationen Tagespolitik treiben sollen; das ist Aufgabe der politischen Parteien. Aber die Sportgenossen und Sangesbrüder können in ihren Vereinen in dem Sinne politisch tätig sei, daß sie ähnlich, wie es in den bürgerlichen Sportverbänden im antisozialistischen Sinne schon immer gewesen ist, unter den Mitgliedern für die sozialistische Gedankenwelt werben, in Arbeitsgemeinschaft mit der sozialistischen Arbeiterpartei stehen und den Sportverein als Kulturbereich für die Parteiorganisation und die Gewerkschaften benutzen. Bei allen vorkommenden Parteipartizipationen, bei Wahlen und Wervungen für die sozialistische Sache müssen die Mitglieder der Arbeitersportvereine ihren Mann stellen. Die Arbeitersportvereine werden nur wirklich Erfolgreiches von bleibendem Wert für die sozialistische Arbeiterbewegung leisten können, wenn sie nicht nur ihrem Sport huldigen, sondern sich auch als ergänzende Glieder in die sozialistische Arbeiterbewegung einfügen wissen. Die Sporttreibenden Proletarier und Proletarierinnen sollten die politischen Tendenzen der bürgerlichen Sportverbände nicht übersehen. In jenen bürgerlichen Vereinigungen, mögen sie nun dem Gelingen, Turnen, Wandern, dem Ballspiel und anderer sportlichen Betätigung und Zwecksetzung trösten, wird durch Tausende Klumpen nationalistische und sozialkriegerische Gesinnung in die Köpfe der Mitglieder geleitet. Man kann hieraus ersehen, wie die Verteidiger des Alten, die das Rad der Geschichte wieder auf die vorrevolutionäre Zeit zurückdrehen möchten, alle Mittel benutzen, um für ihre reaktionären Ziele zu werben und zu kämpfen. Wir müssen deshalb in den Arbeitersportvereinen das Gleiche tun. Das Vereinsleben und das Feiern der Sportgenossen darf nicht nur um den Vereinszweck kreisen und in der sportlichen Erleichterung bloßen Ausdruck finden. Schließlich hat doch jede Arbeiterorganisation auch die Stärkung der sozialistischen Arbeiterbewegung durch Heranbildung willensstarker und fähigster Persönlichkeiten auf ihr Banner geschrieben. Das kann aber nur erreicht werden, wenn auch die Verbreitung der menschlichen Weltanschauung in den Sportvereinen genügend berücksichtigt wird. Außerdem wird danach dann werden der Klassenkampf des Proletariats neue Kräfte zugeführt und dem Sozialismus ein großer Dienst erwiesen.

Danziger Nachrichten.

Kriegs nicht bekannt

Zu den Presseberichten über die Abfahrt Frankreichs, auf dem Wege über Danzig Truppen nach Oberschlesien zu senden, wird mitgeteilt, daß bei dem Senat irgendwelche Mitteilungen über solche Truppentransporte nicht eingegangen sind.

Kommunistische Niederlage im Metallarbeiterverband.

Auch die heute vorliegenden Meldungen lassen erkennen, daß die Kommunisten ihre besonders hier in Danzig sehr hochgestimmte Stimmung auf Eröberung des Metallarbeiterverbandes ausgeben müssen. Nur ganz vereinzelt haben die Metallarbeiter Gewerkschaften eine kleine Stimmenüberlegenheit zu verzeichnen. Die Arbeiterbewegung gläubt bereits an Hand der Danziger Resultate einen kommunistischen Sieg im Reich voraussetzen zu können, zumal Danzig immer etwas nachhinkt. Die Wahlergebnisse aus dem Reich bestätigen nunmehr auch nach unserer Auffassung, daß die Danziger Arbeiterbewegung tatsächlich etwas nachhinkt, indem der Gewerkschaftsverband in der Arbeiterbewegung und die Abfahrt von den Metallarbeitern im Reich erheblich weiter vorgeschritten ist als bei uns.

So liegt in Rönigsberg die Liste A (Kommunisten) mit 739 über die WPD-Liste, die 323 Stimmen erhielt. In Elbing unterlagen die Kommunisten gleichfalls mit 560 gegen 716 Stimmen. In Magdeburg schlugen unsere Genossen die vereinigten Unabhängigen und Kommunisten mit 4048 Stimmen gegen 5271 Stimmen. Alle 10 Delegierten gehörten der WPD an. Von den 16 Danziger Delegierten sind 12 Sozialdemokraten und 4 Unabhängige. In Kiel, der ehemaligen kommunistischen Hochburg, liegt die Liste A mit 3038 Stimmen gegen 1593, die auf Liste B entfielen. In Leipzig unterlagen ebenfalls die Kommunisten mit 4162 gegen 713 Stimmen. Im Bezirk Eisen gehörten von 69 wählenden Delegierten 57 der Richtung Amsterdam und 12 der kommunistischen Partei an. Diese wurden gewählt in der Zahlstelle Eisen. Im Bezirk Hagen sind von 56 Delegierten nur durch die Zahlstelle Remscheid 7 Kommunisten gewählt. Alle übrigen 49 Delegierten vertreten die Amsterdamer Internationale. In Bochum liegt die vereinte Liste der Sozialdemokraten und Unabhängigen mit 1319 Stimmen gegen die kommunistische mit 934 Stimmen. In Oberhausen (WHD.) wurden mit 561 gegen 668 kommunistische Stimmen 2 Sozialdemokraten und ein Unabhängiger zum Verbandstag delegiert. In Wülheim a. d. Ruhr erhielt die „Mehrwahlstimme“ (MWD.) 363 Stimmen und die „Minderheitsstimme“ (MPL.) 558 Stimmen. Diese Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse in dem ehemals kommunistischen Wülheim bewirkte die Wahl von 2 Sozialdemokraten. In ganz Rheinland-Westfalen wurden also neben 118 die Richtung Amsterdam vertretenden Delegierten nur 19 Kommunisten gewählt. In Düsseldorf entfielen trotz eifrigster Agitation der Kommunisten zwei Drittel der Gesamtstimmen auf die Liste der vereinigten Sozialdemokraten und Unabhängigen. In Bremen wurden auf die Amsterdamer Liste 2151 und auf die kommunistische Liste 1135 Stimmen abgegeben. In Frankfurt gingen WPD. und WPD. zusammen. Auf die Liste der WPD. entfielen 644 und auf die gegnerische Liste 408.

Diesen Resultaten in den entscheidenden großen Bezirken entsprechen im allgemeinen auch die Ergebnisse in den Provinzialorten. Nur in den vereinigten Orten, wo die Anhänger der Amsterdamer Richtung nicht die gleiche Minderheitsstellung wie die Kommunisten entwickelten oder ebenso gleichgültig zu Hause blieben wie bei uns, konnten die Kommunisten Erfolge buchen.

So blieben in Dresden 33 000 Arbeiter der Wahl fern und überließen bei 7168 gegen 7336 mit 700 Stimmen Überlegenheit den Kommunisten das Feld. In Solingen erzielten die Kommunisten bei einer Wahlbeteiligung von 20 Prozent 2330 Stimmen gegen 622 Stimmen. Auch in Nürnberg blieben die Kommunisten mit 3884 gegen 3338 Stimmen überlegen. Das sind so weit bis jetzt zu übersehen ist, auch außer Danzig fast die einzigen Erfolge, die die Kommunisten erzielt haben.

Der Zugang auswärtiger Musiker nach Danzig.

Der deutsche Musikerverband, Ortsverwaltung Danzig, schreibt uns:

Gegen die Eingabe, die die „Wirtschaftliche Vereinigung der Ensemble-Musiker“ an den Senat gemacht hat, nach welcher der Zugang fremder Musiker nach Danzig geschnitten werden soll, siehe sich nichts sagen. Wenn die Randinfrage in dieser Angelegenheit gelöst wäre, nämlich wenn wir am Plage genug vollwertige Ensemble-Musiker hätten, vollwertig in rein künstlerischem Sinne. Diese Frage aber muß unbedingt verneint werden. Die Zahl der am Orte tätigen Ensemble-Musiker, deren Leistung als „Kunst“ angesprochen werden kann, ist mit 18 schon hoch bemessen. Ein Zuwachs an guten Ensemble-Musikern ist aber nicht nur ein Gewinn, sondern geradezu ein: Notwendigkeit, weil unter den gegenwärtigen Verhältnissen einem sich mehr und mehr breitmachenden Arbeitslosen im Musikerleben entgegengekehrt wird: dem Musikunternehmertum. Es gibt Leute, die 15-16 jährige junge Burischen „ausbilden“ und dann, nachdem sie kaum über das elementarste technische Können hinausgekommen sind, buchhalterisch vermieten, ihnen dann ein kleines Krügelgeld geben und den Hauptverdienst selbst ernten. Solchem gewissenlosen Treiben sollte der Senat endlich energisch auf die Finger zeigen. Später kommen dann diese „jungen Künstler“, die niemals etwas gelernt haben, und liegen dem Verbanne zur Last, weil sie von ihren Unternehmern schlichtlich abgehoben worden sind, teils, weil sie nichts konnten, teils weil sie ihnen irgendwie unbehagen wurden. Hier sollte die Jugendfürsorge einschreiten.

Das Eingekommen der Wirtschaftlichen Vereinigung in Nr. 169 der Danziger Neuesten Nachrichten aber enthält eine Reihe schwerer Irrtümer, die hier noch kurz klargestellt werden müssen: 1. Es entspricht nicht den Tatsachen, daß Rönigsberg und Memel den Zugang auswärtiger Musiker verbieten; das Gegenteil ist sogar der Fall. 2. Die führenden Häuser haben sich nur unter einem gewissen Druck ihrer Kapellen verhalten lassen, der hier nicht eingehend erörtert werden soll. Im übrigen ist jeder Wirt eines Lokales mit Musik froh, wenn er nach einer gewissen Zeit seine Kapelle wechseln und seinen Gästen etwas Neues und verschiedenes bieten kann. 3. Die Frage, ob ein Orchestermusiker, der ein bestimmtes Studium, eine langjährige, profitliche Erfahrung hinter sich hat, oder die Ensemble-Musiker, vor allem verschiedene Führer dieser Vereinigungen, die Tag um Tag und Nacht um Nacht zum Tanz aufspielen und nur eine größere oder geringere manuelle Routine besitzen, beschäftigt sind ein wertvolles Ensemble zusammenzustellen, ist auch der Laie ohne weiteres leicht beantwortet. Wenn in solchen Fällen die „Verantwortung“ trifft, zeigt am besten der Fall eines der Führer der Ensemble-Musiker, der außer seinem Hauptengagement noch zwei Nebenengagements versteht und auf diese Weise den billigen Musikern die Verdienstmöglichkeit nimmt. Der Ver-

bande der Danziger Musikerverbände ist ein sehr wichtiger, ein Musikerverband, der in Danzig und in Memel, wo er sehr viel mehr als in anderen Städten der Ostpreußen Provinz tätig ist, seit 20 Jahren bestehend ist. Er ist es in Anbetracht der Tatsache, daß die Danziger Musikerverbände auf Antrag des Senats diese Beschränkung am 14. Juni 1920 zum Ehrenamtlich ernannt wurden.

Die Wirtschaftliche Vereinigung dagegen setzt sich nur aus einer kleinen Zahl von Ensemble-Musikern, und zwar 30 Prozent auswärtiger, zusammen.

Wir betonen nochmals, daß dem Zugang auswärtiger Musiker nichts entgegenzusetzen ist. Es gibt hier einige und allein die Kunst, und vom Standpunkt der Kunst ist ein Zugang weiterer Kräfte nur lebhaft zu begrüßen, weil dadurch nicht nur ein künstlerischer Wettbewerb entsteht, sondern auch der Musikern anregt und befördert wird. Schließlich wird auch niemand dem Publikum zumuten wollen, daß Wirtschaftliche Musikvermögen zu lassen, wo es wertvolle Kunst zu genießen vollen Anrecht hat.

Ausgabe der Zuckerkarten. In der heutigen Nummer unserer Zeitung wird bekannt gemacht, daß die Ausgabe der neuen Zuckerkarten in der Zeit von Dienstag, den 26. Juli bis Montag, den 1. August gegen Abgabe der Hauptmarken Nr. 5 bei den Kolonialwarenhandlern erfolgt.

Es wird erneut darauf hingewiesen, daß die Zuckerkarten nur in dem Monat beliefert werden dürfen, für den sie gültig sind. Die Zuckerkarten für Oktober, sowie die an der Zuckerkarte befindlichen Zuckermarken über 125 Gramm ohne Monatsaufdruck, sind nur noch besonderem Auftrag zu beschaffen.

Eine öffentliche Sternennachrichtigung veröffentlicht das Steuerbureau im heutigen Anzeigenblatt. Wir weisen darauf besonders hin.

Die neue Spielzeit des Danziger Stadttheaters. Die neue Spielzeit unserer Bühne beginnt am Sonntag, den 4. Sept. und dauert bis Sonntag, den 9. Juli 1922; erstreckt sich also über 10 volle Monate. Die Ausgabe der Dauerkarten erfolgt ab 17. August, in gleicher Weise wie im Vorjahre, nur wird jetzt jede Dauerkarte Serie 50 statt wie bisher 42 Vorstellungen ergeben. Der Gesamtpreis wird sich also um 8 Vorstellungen erhöhen. Nähere Bekanntmachungen erfolgen demnächst durch Programme und Anzeigen in den Tageszeitungen.

Einrichtung neuer Baubestimmungen. Der Bauhunger der städtischen Bevölkerung sollte in erster Reihe durch einen Gartengarten befriedigt werden. Es ist leider nur ein kleiner Teil der Bevölkerung, der so glücklich ist, einen Gartengarten zu besitzen. Im übrigen hat die neuere Zeit Baubestimmungen, Rasenflächen und Kleingärten mit Baumwartung geschaffen. Die Kleingärten, aber die wir bereits besprochen, sollen mit der Zeit jeder Familie einen Gartengarten bringen. Unsere Baubestimmungen liegen in Altschottland, Schödlitz, Neustadtland, am Aufbruchsweg, am El-Winkelweg und in Wolgastberg. In ihnen sind 475 Baubestimmungen untergebracht. Außerdem hat die Stadt Rasenflächen ausgegeben auf dem kleinen Gergierplatz, auf der Jägerschänke Allee, vor dem Oltzner Tor, am Barockschloß und auf dem großen Gergierplatz. Das sind etwa 130 Parzellen. Etwa 500 weitere Bewerber konnten nicht befriedigt werden. Der Bauhunger ist groß und er konnte bisher auf seinem Gebiet gestillt werden. Das steigende Verlangen nach einem städtischen Land ist als erfreulich zu bezeichnen und man sollte wirklich alles daran setzen, dies Streben zu befriedigen. Alles erreichbare Gelände, so weit es nicht bebaut wird, sollte diesem Gartenbau zugeführt werden. Man hat zunächst Gelände bei Bürgermeiern in Altschottland genommen. Dringende Wünsche liegen auch vor für das Gelände bei Strohdorf, bei Kneipshaus, bei Ziegenberg. Das Gelände reicht aber nicht aus und man wirft den Blick über die Stadtgrenze hinaus. Da ist Klein- und Groß-Waldorf, Bürgermeiern, Altdorf. Das würde aber die Eingemeindung dieser Ortschaften nach Danzig zur Voraussetzung haben. Hier liegt jedenfalls ein Gebiet, auf dem Großes zu leisten, und die Verhältnisse nicht hindern.

Im Eisenbahnzuge bestohlen. Es mehrten sich die Fälle, in denen Reisende während der Fahrt bestohlen werden. So ist dieser Tage der Danziger Eisenbahnarbeiter M. Bronitz das Opfer von Eisenbahnbestehlen geworden. Er, der mit seiner Frau verreisen wollte, wurde bereits auf der Straße Danziger-Joppot die Brieftasche mit 2000 Mark, Wägen, Fahrkarten usw. entwendet, so daß er die Reise unterbrechen mußte, um sich neue Ausweisepapiere zu besorgen. Als Täter kommt ein sehr elegant gekleideter junger Mann in Frage, der sich in auffälliger Weise an B. herangemacht hatte. Die Tat muß in einem Augenblick ausgeführt worden sein, wo sich der Bestohlene an dem betreffenden Herrn vorbei durch das Gedränge in das Abteil schob. Trotzdem der Diebstahl sofort bemerkt wurde, war es nicht mehr möglich, den Täter festzunehmen.

Die Grenzen des Freistaats. Der Freistaat Danzig hat eine lange Grenze. Nach den Danziger Statistischen Mitteilungen entfallen auf jeden Bewohner 31 Quadratkilometer Grenze, während es im deutschen Reich nur 11 Quadratkilometer waren. Die ganze Grenzlinie beträgt 280,5 Kilometer, davon entfallen auf die Ostsee 55,5 Kilometer, im Preußischen Teil liegen 12,5 Kilometer, in der Posa 38,5 Kilometer, in der Weichsel 22,5 Kilometer, im Grenzgebiet 1,95 Kilometer. Durch Wald oder am Walde laufen 50,5 Kilometer. Die Grenze wird von 70 Fahrzeugen, darunter 19 befestigten Straßen überquert. Die Weichsel überquert an 7 Punkten die Grenze, die Altschottland einmal über die Marktschloßbrücke.

Der Viehstand im Freistaat. Nach einer Aufstellung der Danziger Statistischen Mitteilungen hat sich der Viehstand im Freistaat gehalten, wenn er auch nicht ganz die Höhe von 1.18.18 erreicht hat. Eine Ausnahme machen Schafe und Ziegen, die am 1.12.20 sogar in größerer Zahl vorhanden waren, als 1918. Die Zahl der Schafe ist von 7492 auf 13 781 gestiegen. Die Zahl der Pferde betrug am 1.12.20 34 781, die Zahl der Kühe 34 491, die Zahl der Schweine 72 449. Die höchste Viehzahl ist im Kreis Großer Werder. Hier waren 16 614 Pferde, 18 532 Kühe, 50 877 Schweine. Dagegen ist die Schafzahl am stärksten im Kreis Danziger Höhe. Ueber die Hälfte der Viehzahl steht im Kreis Großer Werder.

Verhaftung eines Menschen. Seit dem 21. d. Mts. ist aus der ersten Wohnung Nr. 16 b, part. die 30 Jahre alte Emma Krüger verschwunden. In einem an ihre Eltern gerichteten Brief gibt sie an, Selbstmord zu begehen. Die 1,80 m große, schlank, hat dunkelblondes Haar. Bekleidet war sie mit gelbbraunem Rock, hellfarbener Bluse, schwarzem Jackett, schwarzen Strümpfen, schwarzen halbhohen Schuhen, trug Dr. Bordenhut. Von dem seit dem 22. d. Mts. d. J. verschwundenen 22-jährigen alten

Freiwilligen, der am 21. d. Mts. in Danzig verhaftet wurde, ist noch nichts bekannt. Er soll in Danzig in der Wohnung Nr. 16 b, part. die 30 Jahre alte Emma Krüger verschwunden sein. Er soll in Danzig in der Wohnung Nr. 16 b, part. die 30 Jahre alte Emma Krüger verschwunden sein.

Städtische Forderung des öffentlichen Verkehrs. Der Senat hat in der Sitzung vom 13. d. Mts. der Danziger Eisenbahn-Gesellschaft einen Bescheid erteilt, nach dem die Eisenbahn-Gesellschaft verpflichtet ist, den öffentlichen Verkehr zu verbessern. Der Senat hat die Eisenbahn-Gesellschaft verpflichtet, den öffentlichen Verkehr zu verbessern. Der Senat hat die Eisenbahn-Gesellschaft verpflichtet, den öffentlichen Verkehr zu verbessern.

Bezug der Danziger Nachrichten. Die Danziger Nachrichten werden in der Zeit von Freitag, den 26. Juli bis Sonntag, den 6. August werden etwa 100 Mitglieder und Gäste der Danziger Eisenbahn-Gesellschaft befragt. Die Danziger Nachrichten werden in der Zeit von Freitag, den 26. Juli bis Sonntag, den 6. August werden etwa 100 Mitglieder und Gäste der Danziger Eisenbahn-Gesellschaft befragt. Die Danziger Nachrichten werden in der Zeit von Freitag, den 26. Juli bis Sonntag, den 6. August werden etwa 100 Mitglieder und Gäste der Danziger Eisenbahn-Gesellschaft befragt.

Wahlkreis Danzig. Die Wahlkreis Danzig wird am 26. Juli 1921 abgehalten. Die Wahlkreis Danzig wird am 26. Juli 1921 abgehalten. Die Wahlkreis Danzig wird am 26. Juli 1921 abgehalten.

Städtische Forderung des öffentlichen Verkehrs. Der Senat hat in der Sitzung vom 13. d. Mts. der Danziger Eisenbahn-Gesellschaft einen Bescheid erteilt, nach dem die Eisenbahn-Gesellschaft verpflichtet ist, den öffentlichen Verkehr zu verbessern. Der Senat hat die Eisenbahn-Gesellschaft verpflichtet, den öffentlichen Verkehr zu verbessern. Der Senat hat die Eisenbahn-Gesellschaft verpflichtet, den öffentlichen Verkehr zu verbessern.

Städtische Forderung des öffentlichen Verkehrs. Der Senat hat in der Sitzung vom 13. d. Mts. der Danziger Eisenbahn-Gesellschaft einen Bescheid erteilt, nach dem die Eisenbahn-Gesellschaft verpflichtet ist, den öffentlichen Verkehr zu verbessern. Der Senat hat die Eisenbahn-Gesellschaft verpflichtet, den öffentlichen Verkehr zu verbessern. Der Senat hat die Eisenbahn-Gesellschaft verpflichtet, den öffentlichen Verkehr zu verbessern.

Städtische Forderung des öffentlichen Verkehrs. Der Senat hat in der Sitzung vom 13. d. Mts. der Danziger Eisenbahn-Gesellschaft einen Bescheid erteilt, nach dem die Eisenbahn-Gesellschaft verpflichtet ist, den öffentlichen Verkehr zu verbessern. Der Senat hat die Eisenbahn-Gesellschaft verpflichtet, den öffentlichen Verkehr zu verbessern. Der Senat hat die Eisenbahn-Gesellschaft verpflichtet, den öffentlichen Verkehr zu verbessern.

Aus dem deutschen Osten.

Rechtsbehörden im Kreis Schlochau. Auf einer Anzahl Stellen des Kreises Schlochau ist unter der Landarbeiterpartei Streit ausgebrochen. Ob eine Einigung erzielt wird, werden die nächsten Tage zeigen.

Abgeleitete Kräfte auf den 2. September. Durch die Eingreifen der Arbeiterbewegung wurde der Inhalt der Arbeiterbewegung auf dem 2. September 1921 in Danzig (Kriegs) binnen 24 Stunden beilegt. Die bereits beilegt, 1. als der Arbeitgeber versucht, die geschäftliche Arbeiterbewegung einzuführen. Der Verband ist es gelungen, diese Verhältnisse der Arbeiterbewegung abzuwehren und den Arbeitgeber zur Anerkennung des 2. September zu bringen.

Wohn- und Arbeitsverhältnisse in Danzig. Der Danziger Arbeiterverband hat in Danzig einen Streik ausgerufen, der die Arbeiterbewegung in Danzig (Kriegs) binnen 24 Stunden beilegt. Die bereits beilegt, 1. als der Arbeitgeber versucht, die geschäftliche Arbeiterbewegung einzuführen. Der Verband ist es gelungen, diese Verhältnisse der Arbeiterbewegung abzuwehren und den Arbeitgeber zur Anerkennung des 2. September zu bringen.

Städtische Forderung des öffentlichen Verkehrs. Der Senat hat in der Sitzung vom 13. d. Mts. der Danziger Eisenbahn-Gesellschaft einen Bescheid erteilt, nach dem die Eisenbahn-Gesellschaft verpflichtet ist, den öffentlichen Verkehr zu verbessern. Der Senat hat die Eisenbahn-Gesellschaft verpflichtet, den öffentlichen Verkehr zu verbessern. Der Senat hat die Eisenbahn-Gesellschaft verpflichtet, den öffentlichen Verkehr zu verbessern.

